

## **Antrag**

**der Abg. Thomas Dörflinger u. a. CDU**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Verkehr**

### **Stellenbesetzung in der Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie sich die Zahl der Personalstellen in der Straßenbauverwaltung seit 2011 entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien);
2. wie viele der seit 2017 geschaffenen neuen Stellen besetzt werden konnten (aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien);
3. mit welchen Berufsabschlüssen die Personen qualifiziert sind, mit denen diese Stellen besetzt wurden;
4. welche Berufserfahrung die Personen mitbringen, mit denen diese Stellen besetzt wurden;
5. wie die Übertragung der Zuständigkeit für die Bundesautobahnen auf den Bund sich auf den Stellen- und Mittelbedarf der Straßenbauverwaltung auswirken wird;
6. welche Planungen für die personelle Ausstattung der Straßenbauverwaltung des Landes sie für die kommenden Jahre hat;
7. wie sie die Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter in der Straßenbauverwaltung einschätzt.

02. 04. 2019

Dörflinger, Hartmann-Müller, Razavi,  
Rombach, Dr. Schütte, Schuler CDU

Eingegangen: 03.04.2019/Ausgegeben: 15.05.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

## Begründung

Der Landtag von Baden-Württemberg hat in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 insgesamt 150 neue Stellen für die Planung von Straßen in den Regierungspräsidien geschaffen. Der Antrag dient der Information, in welchem Umfang und mit welchem Personal diese Stellen besetzt wurden.

## Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 6. Mai 2019 Nr. 1-0141.5/204 nimmt das Ministerium für Verkehr im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

*1. wie sich die Zahl der Personalstellen in der Straßenbauverwaltung seit 2011 entwickelt hat (aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien);*

Da sich der Antrag auf die Personalsituation der Straßenbauverwaltung in den Regierungspräsidien bezieht, sind nachfolgend die sogenannten Vollzeitäquivalente (VZÄ) der Abteilungen 4 der Regierungspräsidien (ohne das Personal der Referate 46) sowie der Abteilung 9 des Regierungspräsidiums Tübingen – Landesstelle für Straßentechnik (LST) – jeweils im Jahresdurchschnitt für die Jahre 2011 bis 2018 genannt. Vollzeitäquivalente stellen einen Jahresdurchschnittswert dar. Differenzen zwischen Vollzeitäquivalenten und Stellen im Sinne des Haushaltsrechts können sich beispielsweise aus Vakanzen bei Stellenbesetzungsverfahren z. B. als Folge der Personalfuktuation und aus Teilzeitbeschäftigungen ergeben. Die Übersicht über die Personalsituation bei den Regierungspräsidien erfolgt über die Darstellung der Entwicklung der Vollzeitäquivalente. Die Zahlen wurden dem Führungsinformationssystem für den Fachbereich Straßenwesen (SBV-FIS) entnommen. Die 2019 für die Straßenbauverwaltung bei den Regierungspräsidien neu geschaffenen Stellen werden durch die Regierungspräsidien so rasch wie möglich besetzt. Dadurch wird sich die Personalsituation der Straßenbauverwaltung weiter verbessern.

Jahr	RP Freiburg VZÄ	RP Karlsruhe VZÄ	RP Stuttgart VZÄ	RP Tübingen* VZÄ	Summe aller Präsidien VZÄ
2011	343,0	336,1	500,5	348,6	1.528,1
2012	336,4	324,9	482,8	343,0	1.487,2
2013	329,5	316,2	467,9	332,5	1.446,2
2014	335,6	318,1	473,2	340,3	1.467,2
2015	342,1	323,4	471,5	347,0	1.484,0
2016	358,4	330,8	484,7	359,9	1.533,9
2017	365,2	334,7	492,6	369,0	1.561,5
2018	372,9	347,2	500,8	374,2	1.595,1

\* einschließlich LST

Als Folge des 1480er-Stellenabbauprogramms reduzierte sich die Zahl der Vollzeitäquivalente in den Jahren 2011 bis 2013 um 81,9 Vollzeitäquivalente. Seit 2014 greift das vom Ministerium für Verkehr veranlasste Stellenaufwuchsprogramm für

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

die Straßenbauverwaltung. Die Zahl der Vollzeitäquivalente steigt seither trotz zunächst fortbestehender Einsparverpflichtungen kontinuierlich an. 2018 waren bei den Regierungspräsidien im Jahresdurchschnitt 148,9 Vollzeitäquivalente mehr beschäftigt als 2013.

2. wie viele der seit 2017 geschaffenen neuen Stellen besetzt werden konnten (aufgeschlüsselt nach Regierungspräsidien);

Insoweit wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

	RPF	RPK	RPS	RPT*	Insgesamt
Anzahl zugegangener Stellen 2017 bis 2019	32	29	53	36	150
davon besetzt/reserviert am Stichtag 15. März 2019	26	19	43	29,5	117,5

\* einschließlich LST

Für die noch offenen Stellen 2019 sowie für die aufgrund von Fluktuation neu zu besetzenden Stellen laufen bei allen Regierungspräsidien Stellenbesetzungsverfahren.

Häufig stehen ausgewählte Personen erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung. Immer wieder müssen Stellen mangels geeigneter Bewerbungen wiederholt ausgeschrieben werden. Vakanzen bis zur Besetzung lassen sich nicht vermeiden. Zudem wird jedes Jahr ein Stellenkontingent für die Übernahme der Absolventinnen und Absolventen des Straßenbaureferendariats und der bei den Regierungspräsidien eingestellten DHBW-Studierenden an der Dualen Hochschule in Mosbach eingeplant und freigehalten.

3. mit welchen Berufsabschlüssen die Personen qualifiziert sind, mit denen diese Stellen besetzt wurden;

Die Stellen werden entsprechend dem Anforderungsprofil in der Stellenausschreibung besetzt. Neben der Studienrichtung Bauingenieurwesen besteht im gehobenen und höheren Dienst bzw. für vergleichbare Tarifbeschäftigte auch Offenheit für vergleichbar geeignete Qualifikationen wie z. B. Infrastrukturmanagement, Verkehrs- und Vermessungswesen, Architektur und Landschaftspflege. In deutlich geringerem Umfang ist auch Verwaltungspersonal erforderlich. Hinzu kommen insbesondere Straßenwärterinnen und Straßenwärter, Straßenmeisterinnen und Straßenmeister und Bauaufseherinnen und Bauaufseher.

4. welche Berufserfahrung die Personen mitbringen, mit denen diese Stellen besetzt wurden;

Bei der Berufserfahrung ergibt sich ein vielfältiges Bild, sodass allgemeingültige Aussagen nicht möglich sind. Tendenziell werden im Bereich des mittleren Dienstes bzw. bei vergleichbaren Tarifbeschäftigten häufiger Personen mit mehrjähriger Berufserfahrung eingestellt. Bachelor- und Masterabsolventinnen und Bachelor- und Masterabsolventen werden tendenziell eher als Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger oder mit vergleichsweise kurzer beruflicher Erfahrung eingestellt.

5. wie die Übertragung der Zuständigkeit für die Bundesautobahnen auf den Bund sich auf den Stellen- und Mittelbedarf der Straßenbauverwaltung auswirken wird;

In der jüngeren Vergangenheit wurde zur Umsetzung entsprechender Bundesmittel das Personal der Straßenbauverwaltung bei den Regierungspräsidien verstärkt im Autobahnbereich eingesetzt. Da für den Personalübergang auf den Bund allein auf die Tätigkeit an einem bestimmten Stichtag abgestellt wird und in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt auf Baumaßnahmen an Autobahnen gelegt wurde, geht vergleichsweise viel Personal auf den Bund über. Gestiegene Anforderungen im Bereich Abbau Sanierungstau Brückenbauwerke und die erforderliche Fokussie-

rung auf die bisher weniger stark priorisierten Bereiche Bundes- und Landesstraßen, die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans und des Generalverkehrswegeplans, die Planung und der Bau von Radschnellwegen und Grünbrücken sowie die Neuaufstellung der Landesstelle für Straßentechnik müssen mit entsprechendem Personal hinterlegt werden. Das Ministerium für Verkehr wird sich daher für eine Fortsetzung des Stellenaufwuchses in der Straßenbauverwaltung einsetzen. Für 2020 sollen hierfür im Doppelhaushalt 2020/2021 insgesamt 50 Neustellen für die Regierungspräsidien beantragt werden. Ein weiterer Stellenaufwuchs im Bereich Straßenbau bei den Regierungspräsidien einschließlich der Landesstelle für Straßentechnik soll beantragt werden, sobald die Strukturen der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg ab 2021 hinreichend klar sind.

Die Planung von Autobahnen wird aus dem Landeshaushalt finanziert, das Land erhält dazu vom Bund eine nicht kostendeckende pauschale Erstattung für Zweckausgaben von 5 % der Investitionssumme. Die Abgabe der Zuständigkeit für die Autobahnen führt insoweit ab 2021 zu einem geringeren Mittelbedarf für Planungsmittel im Landeshaushalt. Andererseits wird aus Sicht des Ministeriums für Verkehr der Mittelbedarf für Investitionen und Planungen durch die stärkere Fokussierung auf Landes- und Bundesstraßen und durch gestiegene und neue Anforderungen im Landeshaushalt ab 2021 steigen. Die Entscheidung über die Ausstattung der Straßenbauverwaltung mit Personal und Planungsmitteln obliegt dem Haushaltsgesetzgeber im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021.

*6. welche Planungen für die personelle Ausstattung der Straßenbauverwaltung des Landes sie für die kommenden Jahre hat;*

Die Neustrukturierung der Straßenbauverwaltung soll grundsätzlich innerhalb der bestehenden Strukturen unter Berücksichtigung der künftigen Herausforderungen (u. a. Digitalisierung, Vernetzung der Verkehrsträger) erfolgen. Das Ministerium für Verkehr wird sich daher auch über den Doppelhaushalt 2020/2021 hinaus für eine den gestiegenen und neuen Anforderungen angemessene personelle Ausstattung der Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg einsetzen. Inwieweit hierzu ein finanzieller Spielraum bestehen wird, wird sich im Zuge der künftigen Planungsverfahren ergeben.

*7. wie sie die Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiter in der Straßenbauverwaltung einschätzt.*

Die Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg bietet im Rahmen der Personalentwicklung zahlreiche interessante Aufgabenfelder und Perspektiven insbesondere bei den Regierungspräsidien, im Ministerium für Verkehr und im höheren Dienst bei den Landratsämtern. Attraktive Karrierepfade sowohl im Sinne einer Fachkarriere als auch als Führungskraft sind auch nach Übertragung der Zuständigkeiten für die Bundesautobahnen auf den Bund möglich. Durch familien- und altersgerechte Personalentwicklung ist die Straßenbauverwaltung für qualifizierte Frauen und Männer ein attraktiver Arbeitgeber und Dienstherr mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten.

Hermann  
Minister für Verkehr